

Entschlossen gegen Krisen. Mutig für die Zukunft.

Mit den richtigen Schwerpunkten Zukunft machen.

Haushalt 2023/2024
Schwerpunkte und Änderungsanträge
der CDU-Landtagsfraktion

Mainz, 14. Dezember 2022

I. Einleitung

Wir leben in unruhigen Zeiten. Staat und Gesellschaft stehen vor großen Aufgaben und Herausforderungen. Viele Menschen in unserem Land sind verunsichert, machen sich Sorgen, haben Ängste angesichts nicht abbreißender Krisenmeldungen in den zurückliegenden Jahren, Monaten und Wochen.

Die noch immer anhaltende **Corona-Pandemie** hat nicht zuletzt das Augenmerk auch auf die schwierige Situation unseres Gesundheitssystems gelenkt, mit zunehmenden Versorgungsproblemen gerade auch im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin. Die schreckliche **Flutkatastrophe im Ahrtal**, Starkregenereignisse auf der einen sowie extreme Trockenheit und Hitzewellen auf der anderen Seite rücken den bedrohlichen **Klimawandel** ins Bewusstsein und zugleich den Investitionsbedarf im Bereich **Brand- und Katastrophenschutz**. Zugleich hat der Überfall **Putins auf die Ukraine** die bisherige Friedensarchitektur diametral verändert. Die Folge ist Sorge, um die eigene Sicherheit, es sind aber genauso die steigenden Kosten für Bürger und Staat, Versorgungsentpässe und beeinträchtigte Lieferketten.

Unabhängig von diesen Entwicklungen gibt es in Rheinland-Pfalz schon seit Jahren zahlreiche Dauerbaustellen, die den Einsatz erheblicher Finanzmittel erforderlich machen. Dazu zählen die **Verkehrsinfrastruktur** mit einem **Investitionsstau** von über einer Milliarde Euro, der **Bildungs- und Gesundheitsbereich** und auch die **Kommunen**, die entschuldet und zugleich zukunftssicher finanziert werden müssen.

Die CDU-Landtagsfraktion sieht die dringende Handlungsnotwendigkeit und nimmt sich den sich stellenden Herausforderungen an. Im Haushaltsentwurf der Landesregierung besteht in zahlreichen Bereichen Ergänzungs- bzw. Änderungsbedarf. Diesen greifen wir ganz konkret auf und setzen Schwerpunkte in den zentralen Bereichen. Das zeigt sich in unseren Änderungsanträgen. Insgesamt haben wir **140 Änderungsanträge** zum Haushaltsentwurf der Landesregierung eingebracht.

Diese sog. Deckblätter beschreiben **Mehr- aber auch Minderausgaben** und zeigen ganz konkret, ausgedrückt in Zahlen, in welchen Bereichen die CDU-Landtagsfraktion zusätzlichen **Handlungs- oder Investitionsbedarf** sieht. Unterlegt werden diese finanzwirksamen Anträge durch **32 Entschließungsanträge**, die unsere politischen Schwerpunkte in Worte fassen und detailliert beschreiben.

Unsere Vorschläge folgen konsequent der Leitlinie:

Entschlossen gegen Krisen. Mutig für die Zukunft.

Das heißt,

wir haben den Haushaltsentwurf der Landesregierung Ansatz für Ansatz im Detail analysiert und mit den tatsächlichen Notwendigkeiten abgeglichen. In der Konsequenz halten wir Nachbesserungen mit verstärkten zukunftsgerichteten Investitionen in Schwerpunktbereichen für zwingend notwendig:

- Als Reaktion auf die **Flutkatastrophe im Ahrtal**, den **Klimawandel** und den **Krieg in der Ukraine** investieren wir zielgerichtet in den Schutz von Mensch und Klima. Dazu gehört auch ein **Härtefallfonds** zur Abfederung von Notlagen durch Inflation und steigende Preise. Zugleich bringen wir ein großes **Katastrophenschutz-Paket** auf den Weg und stärken unsere **Polizei**.

- Die **Bildung** – von der frühkindlichen Bildung über die Schule bis hin zur Hochschule – steht wie kein anderes Thema für die **Zukunft unseres Landes**. Unsere **Kinder**, aber auch **Auszubildende** und **Studenten** waren an vielen Stellen Leidtragende der Krisen der letzten Jahre. Umso mehr müssen wir jetzt für sie tun. Wir starten mit unseren Haushaltsanträgen eine **Bildungsoffensive für Kita, Schule und Hochschule**. Für unsere Kinder, aber damit auch für den **Wirtschafts- und Innovationsstandort Rheinland-Pfalz**.
- Unser **Gesundheitssystem** ist eines der zentralen Elemente der Daseinsvorsorge. Das hat nicht zuletzt die **Corona-Pandemie** gezeigt und dass muss sich in seiner Finanzausstattung widerspiegeln. Wirtschaftlichkeit darf hier nicht das Maß der Dinge sein. Wir geben daher mehr Geld zur Stärkung der **medizinischen Versorgung**. Gleichzeitig stärken wir den **sozialen Zusammenhalt** in der Gesellschaft, indem wir diejenigen nicht vergessen, die am Meisten auf Hilfe angewiesen sind.
- **Kommune** ist dort, wo die Menschen leben – in den Städten und in unseren Gemeinden. **Sie brauchen Gestaltungskraft**. Wichtig ist deshalb, dass sie nicht nur **entschuldet** werden, sondern auch **dauerhaft so solide finanziell** ausgestattet werden, dass sie nicht wieder in die Verschuldung abgleiten. Dazu leisten wir unseren Beitrag und gehen dabei den Sanierungsstau in der **Verkehrsinfrastruktur** an.

II. Nur wer investiert, gestaltet Zukunft

Rahmendaten

Mit unseren Anträgen verändern wir bestehende und schaffen neue Haushaltsansätze in einem Volumen von rd. **450 Mio. Euro** (2023: 165 Mio. € / 2024: rd. 285 Mio. €). Und unsere Änderungsanträge sind solide gegenfinanziert. Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse ist für uns unverhandelbar und wird auch mit unseren Anträgen klar eingehalten.

Diese Ansatzserhöhungen gleichen wir durch **gezielte Einsparungen in Höhe von rd. 225 Mio. Euro** (2023: 42,5 Mio. € / 2024: rd. 182,5 Mio. €), durch eine nicht benötigte Personalkostenrücklage i.H.v. 123 Mio. € und eine Reduzierung der Haushaltssicherungsrücklage um rd. 102 Mio. Euro aus. Diese belief sich im Entwurf der

Landesregierung auf 850 Mio. €. Auch mit der verbleibenden Rücklagenhöhe von 748 Mio. € ist ausreichend Vorsorge für die kommenden beiden Haushaltsjahre betrieben.

Unsere wesentlichen Einsparungen gliedern sich wie folgt:

- Anpassung zu hoher Ansätze an die Ausgaberealität: Seit Jahren baut die Landesregierung zu hohe Reserven ein, um am Jahresende ein besseres Jahresergebnis präsentieren zu können. Gleichzeitig wurden zuletzt sog. Ausgabe-reste von kaum fassbaren 2,5 Milliarden Euro ins nächste Haushaltsjahr verbucht. Geld, das der Landtag der Regierung zur Verfügung gestellt hat, von ihr aber nicht ihren Förder- und Investitionszwecken zugeführt wurde. (-26 Mio. Euro).
- Reduzierung der Dienstreisen-Budgets in den Ministerien: Durch die Pandemie hat sich auch unsere Arbeitswelt verändert. Videokonferenzen haben an vielen Stellen Dienstreisen abgelöst – entsprechend schlagen wir für die meisten Ministerien eine zu erzielende Einsparung von 50% der hohen Ansätze vor (-10,7 Mio. Euro).
- Auflösung des Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF): Trotz der Ablösung des alten Kommunalen Entschuldungsfonds durch die neue Altschuldenlösung, setzt die Landesregierung die Ansätze für den KEF im Jahr 2024 unvermindert fort. Diese Titel können aufgelöst werden (-140 Mio. Euro).
- Kürzung neu geschaffener Stellen im Wirtschaftsministerium: Bereits zu Beginn der Wahlperiode hat die Landesregierung 143 neue Stellen in den Ministerien geschaffen. Auch dieses Jahr wird erneut ein Aufwuchs angepeilt. Dies lehnen wir ab und schlagen am Beispiel des Wirtschaftsministeriums Einsparungen vor (-2,2 Mio. €).

Investitionsdefizit

Bei der Vorstellung des Doppelhaushaltes teilte die Landesregierung mit, erneut einen Schwerpunkt auf die “weitere Stärkung der Investitionsausgaben” setzen zu wollen. Sie bedient dabei einen **Mythos**, dem widersprochen werden muss.

Fakt ist, dass die Landesregierung seit Jahren **nur 80 % Ihrer Ansätze** bei den Investitionen tatsächlich auf die Straße bringt.

Vergleich für 2021

Geplant: 1,41 Milliarden €

Umgesetzt: 1,14 Milliarden €

Vergleicht man nun den Planansatz 2023 mit dem Planansatz 2022 ist – **auf den ersten Blick positiv** – eine Steigerung von rd. 198 Mio. € zu verzeichnen bzw. rd. 14 %.

Im Jahr 2024 reduziert die Regierung dann den Investitionsansatz gegenüber 2023 wieder um 146 Mio. €, fast auf das Niveau von 2021. Zieht man davon die 250 Mio. € (anteilig in beiden Jahren), die für das einmalige Sonder-Zukunftsprogramm „Kommunale Investitionen in den Klimaschutz“ eingestellt wurden, ab, dann investiert das Land keinen Cent mehr, in die eigentliche Landesinfrastruktur. Netto ist sogar ein immenser Investitionsrückschritt zu verzeichnen, denn alleine von 2021 auf 2022 betrugen die Preissteigerungen bei den Baukosten rund 18 %.

Fazit: Die vorgesehene Bruttoerhöhung der Investitionen führt netto zu einem Rückschritt der Investitionstätigkeit! Um das gleiche reale Bauvolumen wie 2022 zu erreichen, müsste der Ansatz in 2023 bei 1,635 Mrd. € liegen.

Mit dieser Investitionsquote bleibt Rheinland-Pfalz eines der schwächsten Länder im Vergleich der deutschen Flächenländer.

III. Unsere Schwerpunkte:

1. Sicherheit gewährleisten:

Zielgerichtete Investitionen in den Brand- und Katastrophenschutz und unsere Polizei

Die letzten beiden Jahre haben uns auf dramatische Art und Weise vor Augen geführt, dass wir im Brand- und Katastrophenschutz erheblichen Handlungsbedarf haben, um den Herausforderungen von extremen Wetterereignissen, ob

Starkregen oder langanhaltender Trockenheit, aber auch den Folgen des Ukraine-Krieges mit Energiekrise und möglichen Blackout-Gefahren, künftig besser begegnen zu können.

Wir müssen uns aufgrund der mittlerweile vorliegenden Erkenntnisse besser vorbereiten. Dazu braucht es organisatorische Veränderungen, aber auch eine zielgerichtete Ausstattung. Insofern setzen wir in den kommenden Jahren einen neuen Schwerpunkt im Brand- und Katastrophenschutz. In dem Wissen, dass Veränderungen und Beschaffungen teilweise eine lange Vorlaufzeit benötigen, müssen die Grundlagen in den Haushaltsjahren 2023/2024 unbedingt geschaffen und in der Folge die Haushaltsmittel deutlich ausgeweitet werden. Wir gehen von einem mittelfristigen Investitionsbedarf von rund 700 Millionen Euro aus.

Das Land muss dafür sorgen, dass den Kommunen für die entsprechenden Investitionen die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stehen. Hierzu bedarf es zusätzlicher Mittel, um auch den erheblichen Investitionsstau im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes schnellstmöglich zu verringern. Die Liste an notwendigen Investitionen ist lang. Deshalb sollen an dieser Stelle einige besonders hervorgehoben werden: Um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden, werden mehr wassfähige und geländegängige Fahrzeuge, mehr Tanklöschfahrzeuge und flexibel einsetzbare All-Terrain-Fahrzeuge benötigt. Der begonnene Ausbau der Hochleistungssirenen muss deutlich beschleunigt werden und wir wollen zentrale Anlaufpunkten im Katastrophenfall („Lichtinseln“) im ganzen Land etablieren. Dazu sollen die Feuerwehrgerätehäuser mit Stromerzeugern ausgestattet werden.

Sirenenprogramm (Landesanteil)	+10.000.000 € / +10.000.000 €
Investitionsmittel Feuerwehr	+6.000.000 € / +4.900.000 €
Fahrzeugprogramm und zentrale Katastrophenschutz-Zentren	+5.000.000 € / +15.000.000 €
Personalkosten für Brand- und Katastrophenschutzinspektoren und Brandschutzerziehung	+2.000.000 € / +3.240.000 €

Weitere Anträge im Bereich Sicherheit und Katastrophenschutz:

Satellitengestützte Waldbranderkennung	+500.000 € / +500.000 €
Neue Feuerwehrschrutzkleidung "Wald"	+1.500.000 € / +1.500.000 €

Anhebung der Polizeizulage	+7.475.000 € / +7.475.000 €
Neue Einsatzhelme für die Polizei	+1.250.000 € / +1.250.000 €

Insgesamt bewegen wir für 2023 und 2024 ein Gesamtvolumen von 126 Mio. Euro für die Bereiche Sicherheit und Katastrophenschutz.

2. Antikrisenpaket für die Wirtschaft: Niemanden alleine lassen

Härtefallfonds

Der grausame Krieg in der Ukraine hinterlässt auch hier wirtschaftliche Spuren. Insbesondere hat die aus dem Krieg resultierende Knappheit von Energieträgern wie Gas zu massiven Preiserhöhungen geführt. Besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aber auch größere Unternehmen des Mittelstands aus energieintensiven Branchen sind davon besonders betroffen. Drastisch gestiegene Energiekosten können nicht immer am Markt durch Preiserhöhungen kompensiert werden; Liquiditätsengpässe bis hin zur (manchmal auch nur vorübergehenden) Zahlungsunfähigkeit sind die Folge. Die drei bisherigen Hilfspakete der Bundesregierung lösen diese Probleme nicht und sind nach Einschätzungen aus der Wirtschaft mit erheblichem bürokratischen Aufwand und langen Bearbeitungszeiten verbunden. Die am 8. Dezember 2022 von Bundeskanzler Olaf Scholz bekannt gegebenen Eckpunkte für eine Härtefallregelung für KMU sind inhaltlich lückenhaft und es drohen wieder Verzögerungen in einer Zeit, in der schnelle Hilfe dringend geboten ist. Hinzu kommt, dass größere Unternehmen des Mittelstands, die nicht unter die Definition der KMU fallen (weil z.B. mehr als 250 MA), in Rheinland-Pfalz von den geschilderten Problemen betroffen, jedoch nicht von den Härtefallhilfen des Bundes umfasst sind. Regierungschefinnen und Regierungschefs anderer Länder, wie bspw. Manuela Schwesig, Boris Rhein und Hendrik Wüst haben bereits angekündigt, ergänzend eigene, deutlich weitergehende Maßnahmen zu ergreifen. Rheinland-Pfalz muss hier nachziehen.

Härtefallfonds	+10.000.000 € / +10.000.000 €
----------------	-------------------------------

Infrastruktur – Investitionen in die Zukunft

Gerade in Krisenzeiten muss das Land durch Investitionen gegensteuern. Vor allem in moderne Infrastruktur – analog wie digital. Das schafft die Grundlage dafür, dass wir Wohlstand sichern und mittelfristig wieder ausbauen können. Die Landesregierung hat die Ansätze trotz extremer Preissteigerungen im Tiefbau nur “überrollt”. Mit unseren Anträgen gewährleisten wir, dass netto zumindest die bisherigen Bauleistungen weitergeführt werden können.

Einige Beispiele aus unseren Anträgen:

Mehr Geld für Landesstraßen	+10.600.000 € / +10.600.000 €
Erhöhung Zuweisung Kommunalstraßen (sowie weitere 20 Mio. € für die Folgejahre)	+8.500.000 € / +10.000.000 €
Sonderprogramm Kommunale Brücken (sowie weitere 3 Mio. € für die Folgejahre)	+1.300.000 € / +1.500.000 €
Breitbandförderung für finanzschwache Kommunen	+600.000 € / +600.000 €

Zukunft RLP – Startups und Gründerszene weiter stärken

Betriebs- und Existenzgründungen und insbesondere Startups bilden für eine erfolgreiche rheinland-pfälzische Wirtschaft einen wichtigen Bestandteil und sind Motor für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes. Es werden nicht nur neue Produkte und damit Märkte entwickelt, sondern auch neue Arbeitsplätze geschaffen. Nach dem Corona-Gründungstief 2020 wächst bundesweit die Zahl der Existenzgründungen. Entscheidend für eine erfolgreiche Gründerslandschaft sind die politischen Rahmenbedingungen. Der mittlere Platz von Rheinland-Pfalz beim Thema Gründungen im Ländervergleich kann dabei nicht zufriedenstellen. Die Gründe sind vielfältig und reichen von der ausufernden Bürokratie bis hin zum Fehlen von Grundlagen wie schnellen Internet- und Mobilfunkanbindungen. Auch die Bildungs- und Forschungslandschaft in Rheinland-Pfalz ist ursächlich für unbefriedigende Platzierungen. Besonders enttäuschend ist das schwache Abschneiden von Rheinland-Pfalz beim Deutschen Startup Monitor, nach dem nur 1,7% der Startups aus Rheinland-Pfalz kommen und das, obwohl hier fast 5% aller Einwohner der Bundesrepublik leben. Rheinland-Pfalz muss mehr tun, damit wir uns mit neuen Ideen und Innovation gegen die Krisen stemmen können.

Wachstumsfonds für junge Unternehmen in der €	+1.000.000 € / +1.000.000
Wachstumsphase	
Administrative Begleitung junger Unternehmen +1.000.000 €	+1.000.000 € /

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Wir bleiben dabei: Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist nicht mehr zeitgemäß. Die Grundstückseigentümer haben mit den Erschließungsbeiträgen ihren Anteil zur Herstellung von Straßen und anderen Verkehrsanlagen geleistet. Alle anfallenden Kosten der Instandhaltung und des evtl. notwendigen Ausbaus sollen alle Nutzer der Straßen über allgemeine Steuern entrichten. Die Ausbaubeiträge für Grundstückseigentümer übernimmt daher künftig das Land.

Übernahme der Straßenausbaubeiträge durch das Land	+75.000.000 €
--	---------------

Insgesamt bewegen wir für das Antikrisenpaket und Infrastruktur 190 Mio. €

3. Bildung: Die beste Investition in unsere Kinder und den Wirtschaftsstandort

Im Bereich der Bildung wollen wir uns auf vier Schwerpunkte konzentrieren:

Schulsozialarbeit stärken

Schule benötigt gute Schulsozialarbeit. Politik, Verwaltung, Lehrerverbände und Eltern fordern dies seit langer Zeit einhellig. Eine ausreichende und qualifizierte Schulsozialarbeit in allen Schulen ist unerlässlich – sowohl reaktiv, als auch präventiv. Die bereitgestellten Mittel in Rheinland-Pfalz reichen nicht aus, um den Bedarf auch nur ansatzweise zu decken.

Förderung Schulsozialarbeit	+2.500.000 € / + 5.000.000 €
-----------------------------	------------------------------

Unterrichtsversorgung von 105 Prozent

Eine gute Qualität der Bildung ist für uns besonders wichtig. Wir sehen es als unsere große bildungspolitische Herausforderung, das Versprechen vom „Aufstieg durch Bildung“ neu in Rheinland-Pfalz zu beleben. Unterricht muss verlässlich erteilt werden. Deshalb stehen wir für eine Unterrichtsversorgung

von 105 Prozent. Die Schulen werden mit den von uns geforderten zusätzlichen Stellen einen ersten wichtigen Schritt gehen können, um die große Lücke in der Unterrichtsversorgung schließen zu können. Wir wollen das Ziel bis zum Ende der Wahlperiode erreicht haben.

Unterrichtsversorgung 105 Prozent +7.500.000 € / 22.500.000 €

Zukunft der Sprachkitas sichern

Eltern in Rheinland-Pfalz haben berechnete Erwartungen an das Kita-System im Land: Ein großes Augenmerk liegt auf der Qualität der Betreuung für ihre Kinder. Doch die Realität sieht anders aus. Die Situation an den Kitas im Land ist angespannt. Eine der größten Herausforderungen ist die frühkindliche Sprachbildung der Kita-Kinder. Mit dem Wegfall des Förderprogramms der Sprach-Kitas im kommenden Jahr wird die Finanzierung von zusätzlichem Fachpersonal durch den Bund nicht mehr möglich sein.

Daher schlagen wir vor: Die bislang auf Rheinland-Pfalz entfallenden Bundeszuschüsse für das Programm der Sprach-Kitas muss das Land übernehmen. Gerade in der jetzigen Zeit brauchen viele Kinder nach der langen Zeit der Corona-Pandemie eine besondere Förderung. In besonderem Maße ist dieses Programm zudem für zahlreiche geflüchtete ukrainische Kinder von großer Wichtigkeit.

Sprachkitas +5.000.000 € / 10.000.000 €

Investitionen in die Hochschulen sind Investitionen in Innovation und Wirtschaft

Die Hochschulen unseres Landes haben in den vergangenen Monaten unter großen Kraftanstrengungen und unter Entwicklung vieler Maßnahmen zur Energieeinsparung die Grundlagen dafür gelegt, um gut durch den Winter zu kommen. Nach zwei Corona-Jahren soll der Fokus in diesem und den folgenden Jahren wieder, bei allen notwendigen energetischen Einsparungen, auf der Präsenzlehre, ergänzt um digitale Angebote, liegen. Die Hochschulen benötigen dazu die Unterstützung des Landes, damit sie als Orte des Lernens ganzjährig allen Studierenden zur Verfügung stehen. Nur attraktive Hochschulen und Investitionen in Forschung sichern die Zukunftsfähigkeit von Rheinland-Pfalz als Innovationsstandort, z.B. im Bereich der Biotechnologie.

Digitalisierung unserer Hochschulen +4.800.000 € / +4.800.000 €
Schaffung neuer Professuren im Land +3.000.000 € / +3.000.000 €

Weitere Anträge im Bereich Bildung:

Programm Startergruppen	+7.500.000 €
Berufswahlkoordinatoren	+3.000.000 €
Mehr Geld für die Musikschulen	+1.600.000 €
Förderung der Weiterbildung verbessern	+ 560.000 €

Insgesamt rd. 103 Mio. Euro mehr für Bildung und Hochschule!

4. Gesundheitssystem und sozialen Zusammenhalt stärken

Nicht erst die Corona-Pandemie hat uns die Bedeutung eines funktionierenden Gesundheitssystems vor Augen geführt. Leider lässt die Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz seit Jahren nach. So sind nicht nur ein fehlendes Landesgesundheitsamt, der Mangel an Ärztinnen und Ärzten, insbesondere im ländlichen Raum, das Fehlen von Pflegekräften, sondern auch die teilweise deutlich unterfinanzierten Krankenhäuser ein hohes Risiko für die Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz.

Hier und für den sozialen Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz wollen wir den vierten Schwerpunkt legen.

Konkret schlagen wir vor:

- Die Studienplatz-Kapazitäten für Humanmedizin werden jährlich um 200, für Pharmazie jährlich um 20 erhöht
+7.000.000 € / +14.000.000 €
- Die Zuschüsse für kommunale und private Krankenhäuser werden für Bauinvestitionen und Ausstattung substanziell erhöht
+30.000.000 € / +30.000.000 €
- Schaffung eines Landesgesundheitsamtes zur Unterstützung der kommunalen Gesundheitsämter
+500.000 € / +500.000 €
- Einrichtung und Unterhaltung eines ersten Childhood-Hauses als Modellprojekt
+250.000 € / +250.000 €

- Gründung einer “Allianz gegen Einsamkeit” zur Unterstützung einsamkeitsgefährdeter oder vereinsamender Menschen
+1.000.000 € / +1.000.000 €
- Erhöhung der Zuschüsse für die Tafeln
+300.000 € / +300.000 €

Insgesamt bringen wir Anträge mit einem Volumen von 159 Mio. Euro für die Gesundheitsversorgung und soziale Themen ein.

5. Weitere Schlaglichter

Zum Schluss möchten wir auf einige weitere Anträge aufmerksam machen:

- Weitergabe von jährlich 4.600.000 € Sportförderung, direkt an die Vereine und Sportbünde.
- Anhebung der Investitionszuschüsse für Sportstätten und Schwimmbäder um je 4.000.000 €.
- Verbesserung der Situation der Justizvollzugsbeamtinnen und -beamten mit höheren Schichtzulagen, verbesserten Sozialräumen und einer Imagekampagne zur Gewinnung, Ausbildung und Einstellung von Anwärtnerinnen und Anwärtern mit je 2.150.000 € pro Jahr.
- Berücksichtigung der besonderen Situation taubblinder Menschen beim Landesblindengeld mit je 50.000 € pro Jahr.
- Programm zur Belebung und Fortentwicklung der Innenstädte mit je 800.000 € pro Jahr.
- Zuschüsse an den LBB über je 3.000.000 € für unser Programm “Eine PV-Anlage für jedes Landesdach” – Ausbau erneuerbarer Energien auf Landesimmobilien.
- Ermittlung von Potenzialen sowie die Planung von Pumpspeicherkraftwerken mit jährlich 500.000 €.
- Zuschüsse zur Etablierung von Bürgerbus-Projekten in Höhe von 250.000 € pro Jahr.